

Militärbereich Waldheide

Auch außerhalb des jetzt gekennzeichneten Militärbereichs auf der Waldheide in Heilbronn war schon oft Militär anzutreffen. Ich mußte sogar einmal meine Wanderung nach Lehrensteinsfeld total abbrechen, weil ich mitten in einem amerikanischen Camp landete. Ob Stadtwald oder Bundeswald, er gehört dem Bürger. Das Militär soll sich auf die Waldheide beschränken. Weg mit dem jetzt ausgeschilderten Militärbereich und weg mit den Raketen aus dem Naherholungsbereich.

Otto Bauer, Heilbronn

★

Einige Leser beschwerten sich über den militärischen Sperrbereich, der in letzter Zeit in der Nähe unserer Stadt eingerichtet wurde. Ich sehe da als Staatsbürger keine Veranlassung, mich darüber zu mokieren. Wenn die NATO und die Bundeswehr bei Heilbronn keinen Übungsplatz bekommen hätten, dann wäre der Platz sicherlich anderswo erstellt worden. Dagegen hätten dann die dortigen Anwohner protestiert. Die andere Lösung wäre die: wir schaffen alle Armeen einfach ab. Auf diesen Augenblick warten nur einige Leute in der Welt! Die Folgen sind nur zu leicht auszurechnen. Also behalten wir die jetzige Lage bei und sind ständig bereit, die Demokratie gegen Diktatoren zu verteidigen. Selbst wenn Heilbronn dabei Ziel eines A-Bomben-Angriffs wird, dies müßten wir in Kauf nehmen. Ich liebe auch mein Leben, aber wir sind nicht allein auf der Welt.

Paul Legne, Neuenstadt/K.

Gefährliche „Spiele“

In seinem Leserbrief vom 12. 2. 77 bezeichnete es Herr Eisenmenger als einen Witz, gegen ein geplantes Kernkraftwerk zu protestieren und gleichzeitig stillschweigend zuzusehen, wie in unserer nächsten Nachbarschaft der Ernstfall mit atomaren Waffen geübt wird. Ich möchte da noch etwas weitergehen, indem ich den Württembergern in und um Heilbronn die Michelsmütze verpasse. Das einerseits. Auf der anderen Seite haben sich aber die maßgebenden Ämter, die durch Kommunikation hier etwas hätten tun können, einen Orden verdient, indem sie über das Ganze den Mantel der Verschwiegenheit gelegt haben. Nicht ausgenommen dabei auch die „Heilbronner Stimme“, die durch sehr vorsichtige Berichterstattung jede Intervention durch Bürgerinitiativen von vornherein unmöglich machte. Einheitlich gibt es auf Anfragen bei maßgebenden Stellen die Auskunft, daß es sich bei dem Atomraketen-Übungsplatz um staatliches Gelände handle. Wo bleibt aber das Einspruchsrecht des Anliegers, den in diesem Falle die angrenzenden Gemeinden bilden? Sollten sie bei der Vertretung ihrer (berechtigten) Interessen kein Gehör finden, bleibt die Frage, welchen Wert eine Institution wie die NATO überhaupt für uns darstellt, wenn Vertretern ihrer Mitgliedsländer ein Mitspracherecht über Standorte bestimmter Waffen versagt bleibt. Es ist kaum anzunehmen, daß die Herren aus Übersee, die diesen Standort für derart gefährliche „Spiele“ wählten, ein ähnlich dicht besiedeltes Gebiet in Amerika für gleiche Zwecke eingerichtet hätten. Sicher will keine Gemeinde einen so brisanten Nachbarn vor der Tür wissen; den-

noch wären die maßgebenden Herren gut beraten, bei ähnlichen Projekten die Belange der Zivilbevölkerung stärker zu respektieren. Wäre die Heilbronner Bevölkerung einschließlich der betroffenen Gemeinden des Landkreises als direkte Anlieger über das Projekt unterrichtet gewesen, hätten sich bestimmt so viel Bürger gegen seine Ausführung gewehrt, wie einst beim Bau der Tiefgarage unter dem Stadtgarten.

Margarete Weinert, Donnbronn

★

Wenn es zutrifft, daß in 500 Meter Entfernung vom nächsten Wohngebiet der Stadt Heilbronn ein Atomraketenübungsplatz der US-Armee entstanden ist, so ist es wirklich erstaunlich, daß sich bisher noch niemand in der Öffentlichkeit dagegen gewandt hat. Oder liegt es nur daran, daß genaue Informationen bewußt zurückgehalten werden, um die Bürger nicht „unnötig“ zu beunruhigen? Diese haben sich ja inzwischen an die Verteidigungsmaschinerie in unserer Umgebung gewöhnt und sind vielleicht sogar von ihrer Notwendigkeit überzeugt. Wie H. Eisenmenger jedoch zutreffend schildert, geht es hier um ernstzunehmende Gefahren, die man nicht totsichweigen sollte. Es ist auch verwunderlich, daß von den gewählten Vertretern der Heilbronner Bevölkerung keinerlei (in der Öffentlichkeit bekannte) Schritte unternommen wurden, um diese Entwicklung zu verhindern. Es ist schon sehr bequem, unter dem Hinweis, es handle sich nicht um Stadtwald, sondern um Gelände, das in Bundeseigentum steht, sich von jeder Verantwortung zu entbinden! Bei den Betroffenen handelt es sich ja in erster Linie um Bürger der Stadt, deren Interessen wahrzunehmen sind!

Inge Kleinknecht, Heilbronn

HEILBRONNER STIMME

vom:

16. 1. 1985

Nr.:

13

S.:

1

Unterland aktuell

Aufklärung zugesagt

Heilbronn (go): Als Ursache für das Pershing-II-Unglück auf der Heilbronner Waldheide vermutet das Hamburger Magazin „Stern“ die anhaltende Kälte. In seiner neuesten Ausgabe, die morgen erscheinen wird, berichtet der „Stern“ über US-Dokumente, denen zufolge das Triebwerk der ersten Stufe kälteempfindlich sei und dann zum unkalkulierbaren Risiko werde. Dies habe sich bei der Testphase herausgestellt. Unterdessen informierte sich gestern Heilbronns Oberbürgermeister Dr. Weinmann bei Verteidigungsminister Wörner. In einer Stellungnahme aus dem Rathaus hieß es, Wörner habe versichert, den Oberbürgermeister so zu informieren, daß Weinmann auch den Gemeinderat umfassend unterrichten könne.

HEILBRONNER STIMME

vom: 16. 1. 1985
Nr.: 13
S.: 13

Die Spitzenmeldung in allen Medien kam aus Heilbronn

Reaktionen aus den Vereinigten Staaten auf Raketenunfall

Von HSt-Korrespondent Ulrich Schiller (in Washington)

Spitzenmeldung in allen amerikanischen Medien war am Wochenende das Raketenunglück von Heilbronn. Das Aufsehen, daß das Unglück erregte, war eingefärbt in die ganz besondere Besorgnis, die sich einstellt, wenn Unvorhergesehenes mit Waffen oder schwer zu kontrollierender Gewalt eintritt. Natürlich wurde in allen Meldungen und Berichten amerikanischer Korrespondenten aus der Bundesrepublik die Erklärung der US-Armee hervorgehoben, daß sich weder eine Raketenexplosion ereignet habe, noch gar ein atomarer Sprengstoff hätte hochgehen können. Die Rakete hatte keinen.

Was die Medienreaktionen in den Vereinigten Staaten beherrschte, war zweierlei: Betroffenheit und Trauer über die drei toten Soldaten und 16 Verwundeten und das sichere Empfinden, daß der Brand des Raketenmotors der Pershing II weite Kreise der deutschen Bevölkerung, zumal im Raum Heilbronn, in Angst und Schrecken versetzen würde, daß mit politisch-

Die erste Version von der Unglücksursache hieß hier in den Medien, der Kran sei zusammengebrochen, als er eine der beiden Raketenmotoren aus der Verschiebungskiste hob. Eine zweite von CBS verbreitete Version erklärte, das Feuer könnte von statischer Elektrizität ausgelöst worden sein, da möglicherweise die Bedienungsmannschaft das Gerät nicht sachgerecht geerdet hätte. Das Pentagon verweist auf die laufenden Untersuchungen, will weder Elektrizität noch das kalte Wetter, noch Sabotage ausschließen und versichert, die Öffentlichkeit werde vom Ergebnis der Untersuchungen auf jeden Fall unterrichtet. Man stehe vorläufig vor einem Rätsel, da der Festtreibstoff-Motor der ersten Raketenstufe einer Pershing tausend- oder hunderttausendfach ohne Zwischenfall gehoben und transportiert worden sei. Selbst Kritiker der NATO-Nachrüstung, wie der ehemalige SALT-Unterhändler Paul Warnke, räumen ein, daß die Pershing-Raketen I und II zu den verlässlichsten Raketenystemen gehören, die gebaut wurden.

Unfall jetzt politisches Kapital zu schlagen versuchen. Die Zeitung der Hauptstadt beklagt aber auch im gleichen Atemzug, daß die Bundesregierung unter Helmut Kohl nicht sofort ein klärendes Wort gesprochen, daß sie jeden Kommentar vermieden hat. Der Leitartikel erfragt schließlich, was man davon zu halten habe, daß gleich zwei Untersuchungsgruppen ans Werk gegangen sind, um den Ursachen des tödlichen Feuers auf die Spur zu kommen. Komme da nicht Unklarheit in Zuständigkeit und Verantwortung zum Ausdruck, sobald außerhalb der militärischen Kommandokette etwas schiefgehe?

psychologischen Folgen gerechnet werden müsse. Die leidenschaftlichen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik um die Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses und die Aufstellung neuer nuklearer Mittelstreckenwaffen als Antwort auf die wachsenden Zahlen sowie tischer SS-20 sind den Amerikanern noch gut in Erinnerung. Man versteht, warum ein Raketenunglück auch ohne nukleare Komponente in der Bundesrepublik Emotionen auslösen muß. Ein Leitartikel in der Washington-Post nimmt Reaktionen der Grünen zum Anlaß, um darauf hinzuweisen, daß die Gegner der Pershing-Stationierung aus dem

HEILBRONNER STIMME

vom: 16. 1. 1985
Nr.: 13
S.: 13

„Kleines Dorf“?

Aus Arkansas kam ein Telefonanruf, der Ursula Stephan in Unterheinriet am Samstag morgen aus dem Schlaf riß. Am anderen Ende der Leitung meldete sich Marieluse Williams, gebürtige Heilbronnerin und Schulfreundin von Ursula Stephan. Sie hatte im amerikanischen Fernsehen vom Unfall mit der Pershing gehört und bat nun ihre Schulfreundin darum, folgendes weiterzuleiten: „Die Heilbronner Stimme möchte doch bitte veröffentlichen, daß im amerikanischen Fernsehen die ganze Sache verniedlicht und heruntergespielt wird. Außerdem wurde wörtlich ‚der kleine Ort Heilbronn‘ genannt, wodurch der Eindruck entstand, es handle sich um ein 500-Seelen-Dorf.“

HEILBRONNER STIMME

vom: 16. 1. 1985
Nr.: 13
S.: 14

NBC zum Pershing-Brand:

„Besorgnis bei Bevölkerung“

Der schwere Raketenunfall auf der Heilbronner Waldheide hat international Aufsehen erregt und gehörte tagelang zu den Spitzenmeldungen in den amerikanischen Medien.

„Vor Ort“ in Heilbronn recherchierte Phil Bremen, Korrespondent der US-Fernsehgesellschaft NBC, und wartet nun wie seine deutschen Kollegen auf das Ergebnis des Untersuchungsberichts zweier Expertenteams, die, aus Amerika eingeflogen, die Ursache des Unfalls auf der Heilbronner Pershing-Basis klären sollen.

„Wir wissen ebenso wenig wie ihr“, klagt Bremen, der wegen der Opfer vorsichtig von einem größeren Unfall spricht, Ursache und Hergang nach eigenen Angaben „nicht kennt“, denn die Army „hat uns nichts Genaues gesagt und mochte es offensichtlich nicht, daß wir in der Sache herumstocherten“.

Kritik übt Bremen am örtlichen Militär, das „uns davon abhalten wollte, zu filmen, aber wir haben es natürlich trotzdem getan“. Unverständlich ist ihm ferner, daß die Presse von den Trauerfeierlichkeiten für die getöteten Soldaten in der Neckarsulmer Artillery-Kaserne ausgeschlossen blieb. „Wir wurden trotz unserer Ausweise nicht einmal auf den Stützpunkt gelassen.“

Geheimniskrämerei, Kamera-Scheu und Zurückhaltung erklärt sich der NBC-Mann mit der Tatsache, daß es sich bei dem Unfall um eine technisch geheime Raketenwaffe handele. „Grundsätzlich“, so das Fazit des Fernsehmannes, „haben uns die militärischen Stellen aber nicht schlecht behandelt.“ Schließlich sei sein Frankfurter Büro nach dem Unglück am Freitag fast zur gleichen Zeit von Nachrichtenagenturen und der US-Armee über den Unfall unterrichtet worden.

Erstaunt äußerte sich Bremen über das geringe Interesse, daß die deutschen Medien dem Unglück seiner Ansicht nach zumindest in den ersten zwei Tagen entgegengebracht hätten. Die Nachrichten über den tödlichen Zwischenfall in „Fort Redleg“, so die militärische Bezeichnung für den Stützpunkt Waldheide, hätten in Amerika eine „größere Rolle gespielt als in Deutschland“.

In Gesprächen mit Heilbronner Bürgern sei er auf „Besorgnis“ („concern“) über den Zwischenfall gestoßen und auf größere Sorge „bei den Leuten, die Stationierung von Nuklearwaffen grundsätzlich ablehnen“. Bremen rechnet jedoch nicht mit einer Welle von Antiamerikanismus, wohl aber mit möglichen politischen Reaktionen von SPD und Gewerkschaften.

Befragt, wie Amerikaner anstelle der Heilbronner Bevölkerung nach Bekanntwerden eines solchen Unglücks reagiert haben würden, antwortete der US-Journalist, daß er bei seinen Landsleuten nach einem vergleichbaren Zwischenfall vermutlich die gleiche geteilte Meinung ausgemacht hätte wie unter Heilbronner Bürgern.

-nö-

HEILBRONNER STIMME

3 3745
vom: 16. 1. 1985

Nr.: 13

S.: 15

Empfang für Bündnispartner

Deutsche und Amerikaner begrüßten das neue Jahr

Im Zeichen deutsch-amerikanischer Verbundenheit und unter dem Eindruck des Raketenunfalls auf der Heilbronner Waldheide stand der traditionelle amerikanische Neujahrsempfang, der im Offiziersclub von John-F.-Kennedy-Village 300 Repräsentanten beider Länder zusammenführte.

Symbolisches Selbstverständnis alliierter Nachbarschaft ist der Neujahrsempfang des US-Standortkommandanten von Heilbronn. Trotz schlechten Wetters und widriger Verkehrsverhältnisse folgten rund 250 geladene deutsche Gäste dem Ruf der Amerikaner.

Gemeinsam toasteten und prosteten amerikanische Militärs, Vertreter verbündeter Streitkräfte, Repräsentanten der Heilbronner Polizei und Feuerwehr, Vertreter politischer Parteien, die Heilbronner Verwaltungsspitze mit Oberbürgermeister Dr. Manfred Weinmann und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens auf ein gutes neues Jahr.

Überschattet wurde der Empfang durch den Eindruck und die Sorge über das schwere Unglück auf dem Pershing-Stützpunkt Waldheide. Zahlreiche deutsche Gäste kondolierten zum Verlust an amerikanischen Menschenleben. Standortkommandeur Colonel Bernard B. Brown, der sich zu dem tragischen Zwischenfall nicht äußerte, beschränkte sich auf gute Wünsche und äußerte die Hoffnung auf weitere erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen den US-Streitkräften im Unterland, der Bevölkerung und den Behörden.

In einer kurzen Ansprache unterstrich Oberbürgermeister Dr. Manfred Weinmann den Geist und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit und hob mit Blick auf die Hiobs-

botschaft von der Waldheide hervor, daß es gelte in guten wie in schlechten Tagen zusammenzustehen. -nö-

Weiter Parteienstreit nach Pershing-Unfall

Verteidigungsausschuß wurde informiert

Von HSt-Korrespondent Dr. Günter Mächler sowie dpa

Bonn: Der Heilbronner Pershing-Unfall, bei dem drei amerikanische Soldaten getötet und 16 weitere verletzt worden waren, wird möglicherweise noch ein parlamentarisches Nachspiel haben. Die SPD-Opposition erwägt eine aktuelle Stunde, falls der Bundestag nicht ausreichend über alle Einzelheiten informiert werde. Die Unter- richtung, die Hardthöhe-Staatssekretär Lothar Rühl gestern dem Verteidigungsaus- schuß gab, fand SPD-Obmann Erwin Horn „verharmlosend“. Anders die Koalitions- vertreter im Ausschuß: CDU-Experte Willi Wimmer ging mit der Überzeugung von dannen, eine ernsthafte Gefahr für die Bevölkerung habe nicht bestanden. Eine end- gültige Klärung des Unfallhergangs steht freilich noch aus. Man rechnet in vier Wo- chen mit dem Abschlußbericht der Amerikaner.

Vier Stunden lang beriet der Ausschuß über den Zwischenfall auf dem Stützpunkt Wald- heide. Die Hardthöhe hatte Staatssekretär Lothar Rühl geschickt, ein Zeichen dafür, wie wichtig man im Verteidigungsministerium den Vorgang nimmt.

Die Kernaussage Rühls lautete, die „nu- klare Komponente“ des Waffensystems sei nicht betroffen gewesen. Eine solche Mög- lichkeit habe schon deshalb nicht bestanden, weil nach einer Vorschrift bei Übungen die Nuklearmunition ausnahmslos im Bunker verbleibe.

Wie der Ausschußvorsitzende Alfred Biehle (CSU) berichtete, sei der Unfall nicht durch eine Fehlzündung ausgelöst worden. Es habe sich der feste Treibstoff der ersten Raketstufe entzündet, durch den Druck sei eine Schubdüse 120 Meter weit hinausge- schleudert worden. Weder eine Explosion noch gar ein Fehlstart hätten stattgefunden. Die Rakete sei zum Zeitpunkt des Unglücks nicht zusammengebaut gewesen. Biehle lobte die Zusammenarbeit mit den Amerika- nern. Eine Stunde nach dem Unfall sei die Bundesregierung durch die US-Botschaft un- terrichtet worden.

Ein Antrag der SPD, die Amerikaner zu be- wegen, bis zur endgültigen Klärung des Un-

fallhergangs auf Übungen mit der Pershing II zu verzichten, wurde bei Stimmengleichheit (12 zu 12) abgelehnt.

Roland Vogt von den Grünen warf den Ab- gesandten der Hardthöhe vor, das Unglück von Heilbronn herunterzuspielen. Es könne nicht ausgeschlossen werden, daß ein sol- ches Geschehen zu einer atomaren Katastro- phe führe.

SPD-Wehrexperte Erwin Horn stellte die Information über den Pershing-Unfall als „in jeder Beziehung mangelhaft und völlig unzu- reichend“ hin. Von 1975 bis 1982 hätten sich allein zwölf Unfälle größerer Art mit der Pershing Ia ereignet. Vier weitere Unglücke habe es seit gut einem Jahr mit dem Nachfol- gemuster Pershing II gegeben.

Verteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) versicherte in einem dpa-Gespräch, die Bundesregierung tue ihr „Äußerstes“, um den Schutz der Bevölkerung vor etwaigen Raketen-Unfällen zu gewährleisten.

Der baden-württembergische Regierungs- sprecher Kleinert erklärte, Staatssekretär Ru- der sei vom Ministerrat beauftragt worden, in weiteren Gesprächen mit US-Generalen auch die Frage von Katastrophenschutzplä- nen zu prüfen.

B 4770
B 1233

HEILBRONNER STIMME

vom: 25. 1. 1985
Nr.: 21
S.: 1

Gemeinderat: Raketenstandort unverzüglich beseitigen

Einstimmiger Beschluß / OB Weinmann fordert von Haddock Sicherheiten

Von unserem Redaktionsmitglied Siegfried Schilling

Heilbronn: Einstimmig beauftragte der Heilbronner Gemeinderat gestern Abend die Stadtverwaltung, bei den zuständigen Stellen die unverzügliche Beseitigung des Raketenstandortes Heilbronn zu fordern, „weil Raketenstandorte grundsätzlich aus Ballungsgebieten entfernt werden sollen“. Auf diese Formulierung einigte sich das gesamte Gremium nach knapp einstündiger Zwischenberatung unter Hinweis auf das Raketenunglück am 11. Januar. Vor der Gemeinderatssitzung hatte Oberbürgermeister Dr. Manfred Weinmann im Rathaus ein Gespräch mit US-General Haddock, dem für die Pershing-Einheiten in der Bundesrepublik zuständiger Offizier. Dabei stellte Dr. Weinmann mehrere Sicherheitsforderungen in bezug auf den Stationierungsort Waldheide. Mehrere Wissenschaftler erklärten gestern auf HSt-Anfrage, daß es sehr wahrscheinlich zu einer verheerenden Situation durch das Pershing-Unglück hätte kommen können, wenn ein in der Nähe gefasster Atomsprenkopf vom Hitzestrahl des brennenden Triebwerks erfaßt worden wäre.

Nachdem der Heilbronner Gemeinderat gestern eingehend über die Raketenstationierung und über den Pershing-Brand am 11. Januar diskutiert hatte, wurde die Sitzung zwischen 18 und 19 Uhr nahezu eine Stunde unterbrochen. In diesem Zeitraum einigten

sich alle vierzig Stadträte und der Oberbürgermeister auf folgende Entschließungsanträge:

● Die unverzügliche Beseitigung des Raketenstandorts Heilbronn wird gefordert, weil Stationierungsorte aus Ballungsgebieten entfernt werden sollen.

● Bis zur endgültigen Klärung der Unfallursachen werden sämtliche Raketenübungen und -transporte auf dem Gebiet der Stadt Heilbronn sowie das Überfliegen der Waldheide eingestellt.

● Die Stadtverwaltung verhandelt mit der US-Armee mit dem Ziel, daß freiwillig auf Transporte gefährlicher Güter auf der Waldsteige und in bewohnten Gebieten verzichtet wird.

● Die Stadtverwaltung berichtet dem Gemeinderat jährlich über den Umfang der Hilfsdienste für die Militäranlage Waldheide sowie über den dadurch entstandenen Kostenaufwand.

● Der Oberbürgermeister führt baldmöglichst zusammen mit Gemeinderatsvertretern Gespräche mit deutschen und amerikanischen Stellen über Fragen und Probleme, die im Zusammenhang mit dem Pershing-II-Unfall aufgetreten sind.

Oberbürgermeister Weinmann forderte gestern nachmittag im Heilbronner Rathaus von US-General Haddock für die Heilbronner Waldheide als erstes einen eigenen Rettungs- und Katastrophenschutz und trug dem zuständigen Offizier grundlegende Bedenken zum Raketenstandort in unmittelbarer Großstadtnähe vor. Haddock versicherte, so der Oberbürgermeister, bislang seien keine Flugzeuge der US-Armee über die Waldheide geflogen und seien auch keine Raketen über die Waldsteige gefahren worden.

Nach SPD und den Grünen hat gestern auch die FDP-Fraktion im Stuttgarter Landtag eine umfassende Erklärung über die Ursachen des Heilbronner Pershing-Unfalles, bei dem drei US-Soldaten ums Leben kamen, gefordert.

Wie aus Bonn der Unterländer CDU-Bundestagsabgeordnete Egon Susset mitteilte, will Verteidigungsminister Manfred Wörner nach Bekanntgabe des Untersuchungsberichtes zum Pershing-Brand nach Heilbronn kommen und vor der Presse im Beisein des Oberbürgermeisters, des Landrates und der betroffenen Umland-Bürgermeister zu dem Vorfall Stellung nehmen. Der Termin soll sofort nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses festgelegt werden.

HEILBRONNER STIMME

vom: 25. 1. 1985
Nr.: 21
S.: 15

Feuerwehr: Wir wollen nun wissen, was los ist

„Wir sind bis heute nicht informiert darüber, ob auf der Waldheide Atomsprengköpfe gelagert sind“, erklärte gestern der Kommandant der Heilbronner Feuerwehr, Klaus Würker. Nach seinem Willen soll sich dies jedoch in Zukunft ändern: „Wir wollen jetzt wissen, was da oben los ist. Im Interesse und zum Schutz der Bevölkerung. Als Konsequenz des Pershing-Unglücks übergab der Kommandant dem baden-württembergischen Innenministerium eine Liste mit Verbesserungsvorschlägen. Demnach sollen die Amerika-

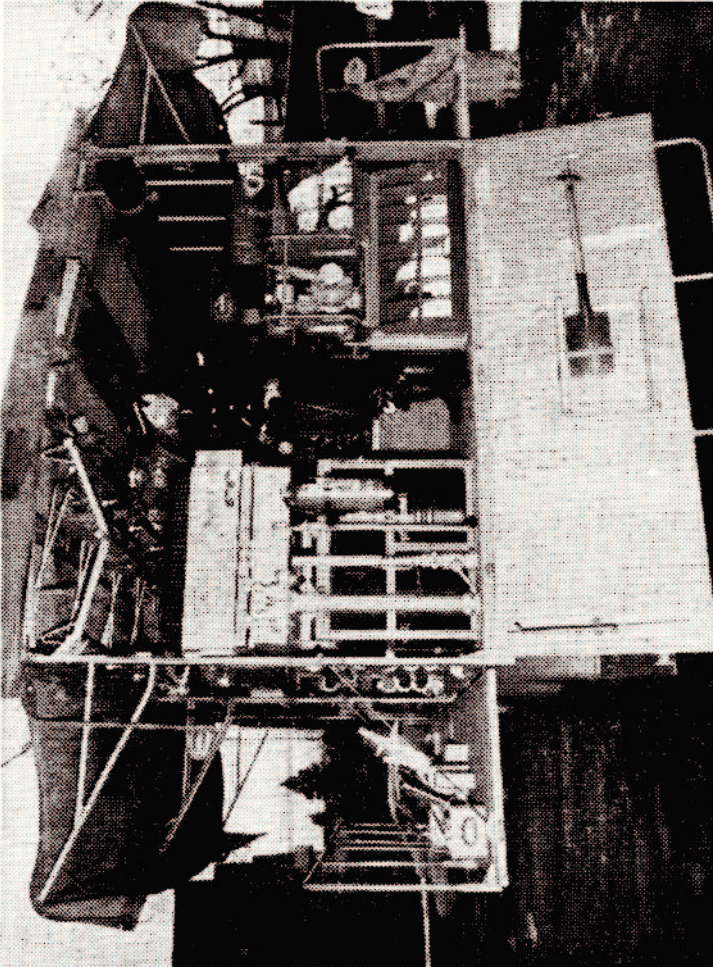
ner bei Übungs- und Wartungsarbeiten größere Abstände zwischen den einzelnen Raketen einhalten. Ferner spricht sich die Feuerwehr dafür aus, daß die US-Army auf der Waldheide - wie auch bei jedem Flugplatz vorgeschrieben - Tanklöschfahrzeuge und ausgebildetes Personal bereitstellt. Auch bei Transporten zwischen den einzelnen Standorten sollen Tanklöschfahrzeuge den Konvoi begleiten. Kommandant Würker: „Nur so ist gewährleistet, daß bei Unfällen eine Brandbekämpfung so schnell eingeleitet werden kann, daß die Rakete nicht in Mitleidenschaft gezogen wird und folglich von ihr auch keine Gefahr ausgeht.“

Materiell ist die Heilbronner Feuerwehr für Unfälle mit radioaktiven Stoffen gut gerüstet. Mit hochwertigen technischen Geräten sind zwei spezielle Strahlenschutzfahrzeuge ausgestattet. Beschafft hatte man die Fahrzeuge in erster Linie im Hinblick auf das GKN. Kommt es jedoch - als Beispiel - zu einer Kernexplosion oder auch nur zur Verdampfung von Plutonium, dann hilft auch diese Ausrüstung nicht mehr.

Wie Klaus Würker erklärte, sei die Heilbronner Feuerwehr in Mutlangen von den Amerikanern über die Gefahren bei Bränden von Raketentriebwerken unterrichtet worden. Allerdings anhand der Pershing-I-Rakete. Was die jetzige Pershing II betrifft, so sei noch keine Instruktion erfolgt,

HEILBRONNER STIMME

vom: 25. 1. 1985
Nr.: 21
S.: 15

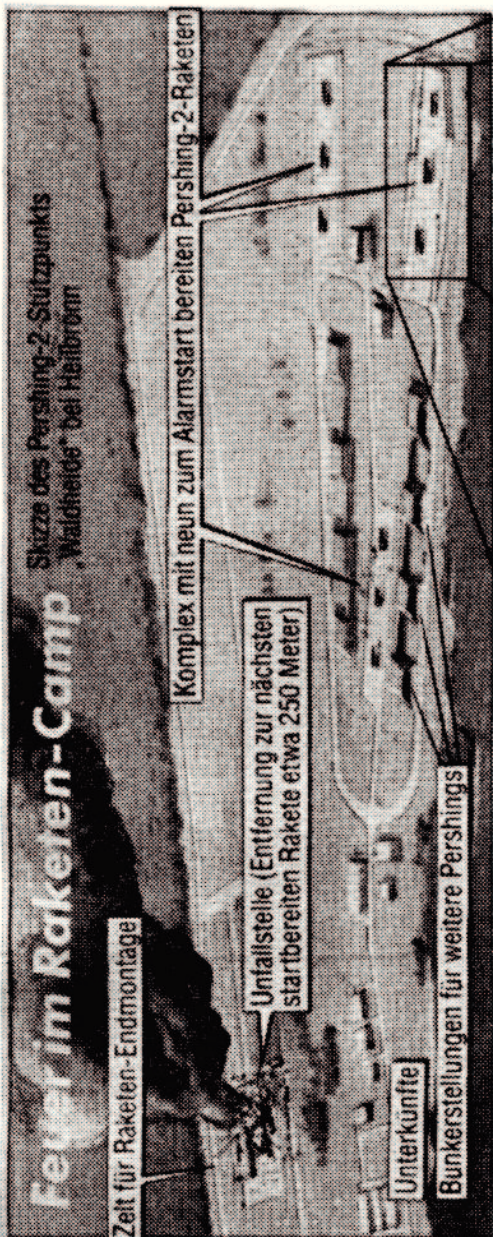


Gut ausgerüstet ist die Heilbronner Feuerwehr. Die Fotos zeigen die beiden Strahlenschutzwagen. Die Feuerwehr möchte allerdings, daß sich auch die Amerikaner für die Brandbekämpfung rüsten.
Foto: HSt-Wendt

39770

HEILBRONNER STIMME

vom: 25. 1. 1985
Nr.: 21
S.: 15



Wissenschaftler: Zu Atomexplosion hätte es nicht kommen können

Von unserem Redaktionsmitglied Hans-Joachim Godel

„Für die Bevölkerung bestand bei dem Pershing-II-Unfall auf der Heilbronner Waldheide keine Gefahr“, beteuern nach wie vor die US-Army, das Bundesverteidigungsministerium und eine Reihe von Politikern. Trotzdem: Viele Bürger in Heilbronn und Umgebung leben seit dem 11. Januar in Besorgnis, „finden keine Ruhe

mehr“, wie sich in Neuenstadt ein Vater von zwei Kindern ausdrückt. Insbesondere die Frage: „Was wäre geschehen, wenn ...?“ treibt die Bürger um. Hätte es noch schlimmer kommen können? Die HSt fragte drei Wissenschaftler nach Risiken und Gefahren des Raketenunfalls.

Ein Zivilfahrzeug (Bild links, Pfeil), das außerhalb der Waldheide geparkt war, wurde am 11. Januar durch ein 120 Meter weit geschleudertes Raketenstück: im vorderen Bereich beschädigt. Die Grafik aus dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ zeigt die Raketenbasis Waldheide, rechts im Vordergrund die startbereiten Pershing-II-Raketen. Links hinter dem Unglücksort stand das beschädigte Auto
Foto: HSt-Eisenmenger/Grafik: Der Spiegel

2.) HEILBRONNER STIMME

vom: 25. 01. 1985
Nr.: 21
S.: 15

Jörg Hufner, Professor für theoretische Physik an der Universität Heidelberg, hält es für nahezu ausgeschlossen, daß es aufgrund des Unfalls zu einer Atomexplosion hätte kommen können, auch wenn ein Nuklearsprengkopf in unmittelbarer Nähe des brennenden Triebwerks gewesen wäre. Ein Sprengkopf wie bei einer Pershing-II-Rakete besteht aus einem konventionellen Sprengstoff, aus einem Atomsprengsatz und aus der eigentlichen Wasserstoffbombe. Die Zündung des Atomsprengsatzes, die wiederum die Wasserstoffbombe aktiviert, hätte durch ein Ausbrennen oder gar durch die Explosion eines Triebwerks nicht ausgelöst werden können, so Hufner.

Die Vernichtungskraft eines solchen Sprengkopfes beschrieb der 47jährige Professor, der seit 20 Jahren auf dem Gebiet der Kernphysik forscht, so: „Im Radius von drei Kilometern wird jedes Leben ausgelöscht. Im Umkreis von fünf Kilometern wütet ein Feuer, das alles zerstört, durch die Druckwelle werden alle Häuser umgelegt. Bei der Explosion bildet sich radioaktives Plutonium, das in einer Wolke von Ruß und Staub nach oben steigt und relativ schnell wieder zur Erde sinkt. In welchem Radius die Natur verseucht wird, hängt letzten Endes vom Wind und Wetter ab.“ Wenn ein brennendes Trümmerteil einen Atomsprengkopf beschädigt hätte, so sieht

Professor Hufner auch diese Gefahr zunächst noch als relativ harmlos an. Ausgetretenes Plutonium („Man kann es in der Hosentasche herumtragen“) ließe sich wieder einsammeln, die mit dem Stoff in Berührung gekommene Erde müsse jedoch abgetragen werden.

„Schlimmer ist – und das hätte sehr wohl passieren können – daß ein Atomsprengkopf durch den Hitzestrahle des brennenden Triebwerks aufplatzt und das Plutonium verdampft.“ In diesem Fall, befürchtet Hufner, würde es in Heilbronn ein zweites Seveso geben, würden die Leute schlichtweg vergiftet werden. Das Plutonium strahlt zwar relativ schwach, aber eben sehr lange – in 24 000 Jahren ist die Radioaktivität erst um die Hälfte abgeklungen.

Wie Hufner, so macht auch Professor Peter Armbruster von der Gesellschaft für Schwerionenforschung in Darmstadt auf eine weitere Gefahr aufmerksam: das Tritium. Es ist Bestandteil der Wasserstoffbombe und verhält sich wie Wasser – aber ist stark radioaktiv. Es gelangt ins Grundwasser „und ist dort nicht mehr rauszukriegen. Die Tritium-Vergiftung“, so Armbruster, sei „eine der schlimmsten Geschichten“, die er kenne.

Wie das Tritium im Grundwasser verhält sich das Plutonium im Körper des Menschen, erklärt Egbert Kankeleit vom Institut für Kernphysik der Technischen Hochschule Darmstadt, 55 Jahre alt. Das Gift wird vom Menschen aufgenommen und – wie Calcium – in die Knochen eingelagert. Und dort strahlt es und strahlt es . . . – Blutkrebs ist nur eine der möglichen Folgen. Im übrigen seien die Experten über die gesundheitlichen Folgen noch unterschiedlicher Meinung. Kankeleit: „Ich fühle mich an sich nicht zuständig, um diese Fragen zu beantworten. Wenn ich es trotzdem tue, dann deshalb, weil andere sich nicht zu diesen Fragen äußern.“ Seiner Meinung nach hätte es schon längst eine offizielle Stellungnahme mit Antworten auf alle Fragen geben müssen.

HEILBRONNER STIMME

vom: 25. 1. 1985
Nr.: 21
S.: 1

Flagge gezeigt

Von Siegfried Schilling

Vierzehn Tage nach dem erschreckenden Raketenunfall auf dem amerikanischen Militärgelände Waldheide in Heilbronn wurde im Gemeinderat in Sachen Pershing-Stationierung die kommunalpolitische Wende vollzogen. Zumindestens bei dem Teil der Stadträte, die bislang die mögliche Gefährdung durch die Atomwaffen so gut wie ignoriert und sich lokal nicht zuständig für diese brennende Frage gefühlt hatten.

Die Sozialdemokraten und die Grünen gingen gestern im Großen Ratssaal freilich mit einem großen Vorsprung in die Diskussion, hatten sie doch gemeinsam bereits seit zwei Jahren gegen harten juristischen Widerstand um den Tagesordnungspunkt Raketenstationierung im Gemeinderat gekämpft, fühlten sie sich doch nach dem Pershing-Brand vom 11. Januar im Heilbronner Stadtwald zu sehr in all ihren Warnungen bestätigt.

Es war gestern abend sicherlich ein Glücksfall für den Heilbronner Gemeinderat insgesamt, daß kleinliches Prestigedenken nach eingehenden Wortwechseln nicht die Oberhand gewann, sondern daß man sich in der wichtigsten Frage nach längerer Sitzungsunterbrechung interfraktionell einstimmig einig wurde. Dabei kommt zweifellos der SPD das Verdienst zu, der größten Fraktion, der CDU, Brücken zum Mitstimmen gebaut zu haben.

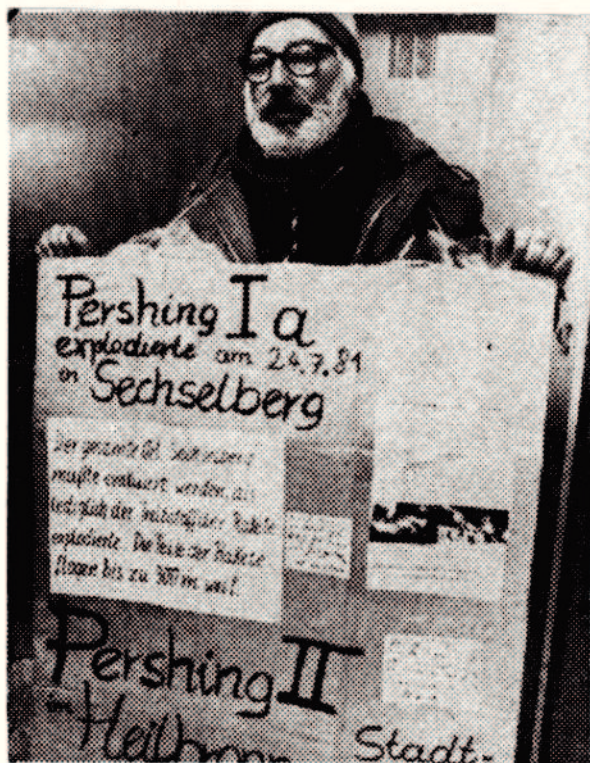
Gefordert wird jetzt die unverzügliche Beseitigung der Raketen in Heilbronn. Dies hatten SPD und Grüne beantragt. Beschlossen wurde, Ballungsgebiete sollen grundsätzlich nicht Stationierungsorte sein. Dies hatte die CDU beantragt.

So kam man zu einem gemeinsamen Antrag, dem auch der Oberbürgermeister zustimmte. Und die Christdemokraten, die doch sichtlich Mühe hatten, in der Gesamtfrage die Wende zu vollziehen, fanden so letztlich aus ihrer Ecke.

Einstimmig: Der Gemeinderat einer 110 000-Einwohner-Stadt, die als Atomwaffen-Stützpunkt weltweit in die Schlagzeilen geraten war, zeigte deutlich Flagge.

HEILBRONNER STIMME

vom: 25. 1. 1985
Nr.: 21
S.: 15



„Pflicht zum Protest“

Mit einem Plakat vor dem Bauch protestiert Alois Cazaré seit Montag in der Heilbronner Fußgängerzone gegen die Pershing-II-Raketen auf der Waldheide. Als „Friedensbewegter“, wie er sich selbst bezeichnet, will er die Heilbronner „darauf aufmerksam machen, in welcher Gefahr sie leben“. Aus seiner Angst heraus, daß „ein Krieg durch einen Zufall passieren könnte“, sieht er es als seine Pflicht an, eine Woche lang jeweils fünf Stunden am Tag „zu mahnen“.

8 4770
3 1233

HEILBRONNER STIMME

vom: 25. 1. 1985
Nr.: 21
S.: 15

Aufatmen gestern abend um 19.20 Uhr im Großen Ratssaal des Heilbronner Rathauses an einem recht denkwürdigen Sitzungstag des Gemeinderats. Denn dies hatte es noch nie gegeben, eine 52minütige Sitzungsunterbrechung.

Die große Pause, während der Unterhändler der Verwaltung und der Fraktionen eifertig durch die Lobby rauschten, während der sich die Fraktionsvorsitzenden im Oberbürgermeister-Zimmer zum Formulieren von gemeinsamen Anträgen trafen, lohnte sich letztlich: Der Gemeinderat einigte sich in der Formel: Der Raketenstandort Waldheide wird beseitigt.

Dabei hatte alles nicht so einmütig begonnen, wie es drei Stunden später endete. Denn die Fraktionsvorsitzende der CDU, Paula Fuchs, warf der SPD vor, ihre Anträge vom Oktober 1984 (die eigentlich Anlaß zum gestrigen Tagesordnungspunkt Raketen waren) seien widersinnig. Die Christdemokratin stellte fest: Weiterungen beim Unfall vom 11. Januar seien nur dadurch nicht entstanden, weil die städtische Feuerwehr innerhalb kürzester Zeit den Brand auf der Waldheide erfolgreich gelöscht habe. Bei widersinnig meinte Paula Fuchs die SPD-Forderung, Hilfsdienste von städtischen Ämtern zur Aufrechterhaltung der Stationierung abzulehnen. Im Blick auf die Sicherheit der Bevölkerung sei aber der Einsatz der Hilfsdienste dienlich.

Frau Fuchs warnte davor, nach dem Unfall die Bevölkerung leichtfertig zu verunsichern, „in dem man so tut, als ob eine atomare Bedrohung um Haaresbreite abgewendet worden sei“. Sie bekannte sich zum NATO-Doppelbeschluß der Nachrüstung und meinte: Die CDU könne nicht mitziehen, wenn der Versuch unternommen werde, Stationierung über die Kommunen zu verhindern.

Dann aber nahm die CDU-Fraktionsvorsitzende doch etwas die Kurve zur SPD: „Wir sind aber bereit, eine weitergehende Forderung mitzutragen, daß das Land, Bund und Bündnispartner aufgefordert werden, Stationierungsorte grundsätzlich aus Ballungsgebieten mit dichter Wohnbevölkerung zu entfernen.“

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Fried-

Bis um 19.20 Uhr:

Drei-Stunden-Marathon um Raketen

Von Siegfried Schilling



Sprachen am Mittwoch miteinander über die Raketen auf der Waldheide: OB Weinmann und US-General Haddock

rich Niethammer konnte gerade zur Schlußpassage von Paula Fuchs souverän kontern. „Es wäre besser gewesen, wenn diese Erkenntnis bereits vor ein paar Monaten gekommen wäre.“ Niethammer betonte, der Pershing-Unfall sei von Verteidigungsminister Wörner und Staatssekretär Ruder gleichermaßen „runtergespielt worden“. Weiter kritisierte er, wenn das Maß, das die US-Streitkräfte an Sorgfalt für ihre Kraftfahrzeuge aufwenden, auch für die Raketen aufbrächten, „dann gute Nacht“. Niethammer prophezeite, der nächste Unfall wird kommen, wenn weitere Raketen nach Heilbronn transportiert werden würden. Deshalb gebe es nur eine Konsequenz: Unverzüglich weg mit den Pershings.

Der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Wolf Theilacker, fragte, was gewesen

wäre, wenn ein Atomsprengkopf von den Raketenteilen, die beim Brand weggeschleudert wurden, getroffen worden wäre. Wie werde die Bevölkerung überhaupt alarmiert? „Dann stehen wir da, wie der Ochs vor dem Berg!“ Die Grünen richteten an den Oberbürgermeister eine ganze Reihe Anfragen zur Waldheide und forderten den Gemeinderat zu einer gemeinsamen Demonstration auf.

Für die FDP-Fraktion unterstützte Vorsitzender Erich Lepple die Forderung der SPD und der Grünen auf Beseitigung der Raketen in Heilbronn. Und FWV-Stadtrat Willy Schwarz erhielt lauten Beifall von den sechzig Zuhörern im Ratssaal, als er klipp und klar aussagte: „Diese Raketen schützen die Stadt nicht, das ist eine mörderische Todesanlage.“

Angeführt von Stadtrat Rudi Fritz appellierten mehrere seiner Fraktionskollegen an die CDU, die CDU solle auf jeden Fall mitstimmen beim Beschluß gegen die Raketen auf der Waldheide. Was schließlich mit den modifizierten Anträgen auch geschah.

Bei drei Enthaltungen beschloß das Gremium auf Antrag der SPD zusätzlich, eine Bürgerversammlung durchzuführen, wenn die Untersuchungsergebnisse des Unfalls vorliegen. Und die CDU legte nach den Beschlüssen Wert auf die Feststellung, ihre grundsätzliche Befürwortung des NATO-Doppelbeschlusses (Nachrüstung) werde nicht tangiert.

Eingangs der Gemeinderatssitzung hatte Oberbürgermeister Dr. Manfred Weinmann über sein Gespräch mit General Haddock unterrichtet. Er habe an den Offizier mehrere Forderungen gestellt: keine Flüge über der Waldheide, keine Raketentransporte auf der Waldsteige und keine Raketenübungen bis Klärung des Unfalls.

Haddock habe den Unfall so dargestellt: Ein Pershing-Motor sei mit einem Autokran aus seiner Umhüllung (Verpackung) gehoben worden und dann in zwanzig Meter Höhe in Brand geraten; der Motor sei aber nicht elektrostatisch geladen gewesen. Und jetzt werde die weitere Unfallursache in den USA untersucht.

HEILBRONNER STIMME

0-61111
0-4018
0-4710

vom: 23. 9. 1985
Nr.: 220
S.: 13

Zum Durchhalten aufgefordert

Petra Kelly und Gert Bastian besichtigten Waldheide

Nach dem Besuch von zwei prominenten Symbolfiguren der Friedensbewegung, Petra Kelly und Gert Bastian, auf der Waldheide soll die Friedensbewegung im Unterland wieder Auftrieb bekommen. Gerade in Heilbronn sei es nötig, daß die Friedensbewegung wieder ins Gespräch komme, hieß es bei den Heilbronner Grünen. Am Samstag besichtigten die beiden Bundestagsabgeordneten auf Einladung des Grünen-Stadt- und Kreisverbands das Raketenstationierungsgelände der Amerikaner im Jägerhauswald. An die etwa 250 Teilnehmer der Veranstaltung richteten sie den Appell, in den Bemühungen um den Frieden und im Kampf gegen den Rüstungswettlauf nicht nachzulassen.

Nach einem Rundgang um das mit „grün-gelb-braunen Sichtblenden“ (Bastian) ummauerte Gelände zeigte sich der Ex-General „unwahrscheinlich bedrückt“ über den Gegensatz herrliche Natur und strahlender Spätsommertag einerseits und dem 100 000fachen Tod, der auf der Waldheide lagere, andererseits. Wenn man daran denke, daß in anderen Ländern wiederum dieselben todbringenden Waffen auf Heilbronn gerichtet seien, werde einem der ganze Wahnsinn des Wettrüstens erst richtig deutlich. „Wer uns das Recht auf Widerstand beschneiden will, der handelt zynisch, pervers und inhuman.“ Deshalb müsse ein Wandel in der politischen Landschaft herbeigeführt werden, der spätestens 1987 in Bonn vollzogen werden müsse.

Die Grünen-Abgeordnete Petra Kelly rief die Bevölkerung auf, auch weiterhin zivilen

Ungehorsam und gewaltfreien Widerstand zu üben. Nur so könne man Sand in das Getriebe der Militärs streuen. Gerade in Heilbronn und in Mutlangen sei dies immer und immer wieder nötig, denn Rüstung gefährde auch ohne Krieg.

Die Gemeinden forderte Petra Kelly auf, symbolisch atomwaffenfreie Zonen zu schaffen, denn die Gemeinden seien nicht machtlos und dürften auch nicht machtlos sein. Den Beschluß des Heilbronner Gemeinderats bezeichnete sie als wichtigen Schritt in diese Richtung. In bezug auf den Besuch von tausend Heilbronnern nach dem Pershing-Unfall in Bonn sagte die Bundestagsabgeordnete, sie hoffe, daß die Heilbronner auch weiterhin in die Bundeshauptstadt kämen, um eine Politik „nach unten von unten“ zu verwirklichen.

Während die Heilbronner Grünen von der Resonanz der Nachmittagsveranstaltung eher enttäuscht waren, zeigte sich Frau Kelly zufrieden. „Es kommt nicht auf die Quantität, sondern auf die Qualität der Besucher an“ sagte sie. Sie forderte vor allem die SPD auf, an den Aktionen der Friedensbewegung teilzunehmen und mitzublockieren. „Wenn die sagen, daß sie gegen die Stationierung sind, dann sollen sie es auch zeigen.“

Anschließend ließen sich Kelly, Bastian und einige Grüne zu einer halbstündigen Sitzblockade vor Tor 2 nieder. Vor Tor 1 soll es nach Aussagen der Blockierer zu Räumungsaktionen gekommen sein. Gegen 18.15 Uhr habe die Polizei „brutal“ einige von ihnen beiseitegezogen. Laut Stuttgarter Polizeipräsident hat es keine Räumung gegeben. Die Blockierer hätten nach der dritten Aufforderung die Zufahrt freigemacht.

In Verbindung mit der Aktion auf der Waldheide wurde ein Friedenslauf rund um die Waldheide organisiert, bei der 1515 Mark an Spenden für den Blockierer-Rechtshilfefonds zusammenkamen.

Ein Plädoyer für einen Friedensvertrag hielt Gert Bastian am Abend im zu zwei Dritteln besetzten kleinen Saal der Harmonie. Sein Vortrag stand unter dem Thema: Sind 40 Jahre Besetzung genug? Allerdings, erklärte er, sei es „Utopie“, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Wiedervereinigung gleichzusetzen. Als konkrete Schritte in diese Richtung bezeichnete Bastian die Verhandlungsbereitschaft der Machtblöcke über atomwaffenfreie Zonen in Mitteleuropa mit dem Ziel, sowohl die Bundesrepublik als auch die DDR zu A- und C-waffenfreien Gebieten zu machen. Eine weitere Voraussetzung, so der Bundestagsabgeordnete, sei die Bereitschaft der Besatzungsmächte zur Truppenreduzierung und ihr schließlicher Abzug aus den beiden deutschen Staaten. Die Bundesrepublik und die DDR sollen dann eine Konföderation eingehen, innerhalb derer sie ihre Politik wirkungsvoll koordinieren können. Letztendlich fordert Bastian als Fernziel eine Bereitschaft zur Auflösung der Blöcke.

ub / hk



Mit einer halbstündigen Sitzblockade vor Tor 2 demonstrierten die Bundestagsabgeordneten Petra Kelly und Gert Bastian gegen die Stationierung von Atomwaffen auf der Waldheide. Foto: HSt-Dirks